

SP-Präsidium • c/o AStA • Nassestr. 11 • 53113 Bonn

1. Sprecher: Kay A. Frenken
c/o AStA der Uni Bonn
Nassestraße 11
53113 Bonn

Tel: 0228 - 737033
Mail: sp@uni-bonn.de

Bonn, 28. November 2019

Beschlussausfertigung: Solidarität mit Rojava
Antragssteller: Rohat Celen (Fraktion Die Linke.SDS)
Sitzung des Beschlusses: 11. ordentliche Sitzung
Datum der Sitzung: 20. November 2019
Empfänger des Beschlusses: Rektorat der Universität Bonn und Prof. Dr. Stephan Talmon

Das XLI. Studierendenparlament der Rheinischen Friedrichs-Wilhelm-Universität Bonn hat in seiner

11. ordentlichen Sitzung vom 20. November 2019

mehrheitlich den angehängten Antrag des o.g. Antragsstellenden

zur Solidarität mit Rojava,

verändert durch einen übernommenen Änderungsantrag,

beschlossen.



Kay A. Frenken
– Erster SP-Sprecher –

Anhang:
Antrag in seiner finalen, beschlossenen Form

Antrag der Fraktion Die Linke.SDS in seiner beschlossenen Form

Das 41. Studierendenparlament hat beschlossen:

Verurteilung jeglicher Unterstützung des türkischen Staates.

1. Das Studierendenparlament verurteilt den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg der Türkei gegen die Selbstverwaltung Rojava aufs Schärfste. Zudem verurteilt das SP jede deutsche Unterstützung dieses Krieges gegen die Kurdi*innen und die Unterdrückung und Verfolgung von Minderheiten und Andersdenkender im Mittleren Osten.
2. Durch die Übernahme des Mandats für den türkischen Staat im Prozess gegen den kurdischen Oppositionspolitiker Selahattin Demirtas vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte durch den Bonner Professor für Völkerrecht Dr. Stephan Talmon besitzt die oben genannte Thematik eine besondere Relevanz für die Bonner Studierendenschaft. Bzgl. des Prozesses gegen Demirtas hat der türkische Staat in Person von Staatspräsident Erdogan im Vorfeld des Prozesses angekündigt den Urteilsspruch nicht zu akzeptieren und Demirtas gegen die Anweisungen des EGMR weiterhin in Haft zu halten. Der türkische Staat ignoriert damit grundlegende rechtsstaatliche Prinzipien und die Souveränität des EGMR. Aus diesen Gründen rufen wir Prof. Dr. Talmon dazu auf, sein jetziges Mandat für den türkischen Staat abzulegen und alle weiteren Mandate für den türkischen Staat abzulehnen.
3. Des Weiteren fordert das SP die Universität Bonn dazu auf, die Genehmigung der Nebentätigkeiten von Prof. Dr. Talmon für den türkischen Staat zurückzunehmen.

[beschlossene Form ausgearbeitet durch das SP-Präsidium]